

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

## 1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

zu den kürzlichen Anschlägen in Paris und dem Geschehen in Hannover soll an dieser Stelle nichts mehr gesagt sein. Die Bilder bleiben vor unseren Augen und sollten uns für die Zukunft mahnen, die Gefährlichkeit der religiösen Spinner und Fanatiker (nicht nur) des IS nie wieder zu unterschätzen. Es wäre nur zu wünschen gewesen, wenn das Frankreich und den dortigen Opfern entgegengebrachte Mitgefühl auch wenige Tage vorher die russischen Opfer des – wahrscheinlich auch bewußt herbeigeführten – Flugzeugabsturzes ebenso erreicht hätte. Friedliche Menschen sind und bleiben schließlich ganz einfach Menschen – gleich, über welche Herkunft, Hautfarbe oder Religion und Staatsangehörigkeit sie verfügen!

Geht es um Religionen, bleibt nüchtern festzustellen, daß der Islam eine bis dahin kaum für möglich gehaltene Popularität erreichte. Er ist – und das mag der wichtigste Grund dafür sein – eine anti-moderne, antikapitalistische und antilibérale Protestideologie, die naturgemäß dort am besten gedeiht, wo die von unserer sogenannten „modernen Welt“ gesetzten Strukturen nicht oder nur sehr eingeschränkt funktionieren. Er wächst deshalb beispielsweise in den Ghettos der USA, den Banlieus in Frankreich und deutschen Parallelgesellschaften ebenso wie in denjenigen arabischen Ländern, die in den vergangenen Jahren ihrer Diktatoren entledigt wurden. Denn ob man dies nun hören mag oder nicht: Es ist eine von den meisten ernsthaften Experten inzwischen unbestrittene Tatsache, daß für die normalen, unpolitischen Durchschnittsbürger das Leben selbst unter Diktatoren wie Gaddafi, Saddam Hussein und ihresgleichen meistens weniger beschwerlich und risikoreich war als heutzutage.

Und abgesehen von deutschen Sozialleistungen, die einen durchschnittlich begabten und leistungsbereiten Menschen aber auch nicht auf Dauer befriedigen werden, wird sich auch für die meisten der nach Mitteleuropa strebenden Flüchtlinge dieses Blatt nicht wenden. Geht es z.B. um den Arbeitsmarkt, treten die meisten von ihnen in Konkurrenz zu den aus Osteuropa stammenden Arbeitskräften, die auch hierzulande längst etabliert sind und die deshalb arbeitsmarkttechnisch am längeren Hebel sitzen werden. Das Leben in Westeuropa wird sich für die meisten der jetzt Ankommenden und deren Nachfahren deshalb nicht als „Erfolgsgeschichte“ erweisen. Dies ist im übrigen schon seit einigen Generationen so, wie die Offenheit vieler Migrantenkinder der zweiten und dritten Generation (die oft über einen deutschen Paß verfügen) für eine Re-Islamisierung zeigt. Gerade in diesen Kreisen – die z.T. selbst oder deren Vorfahren vor islamistischen Fanatikern flohen – wäre das Gegenteil zu erwarten gewesen. Natürlich ist diese Re-Islamisierung nicht mit einer Radikalisierung gleichzusetzen. Dazu kommt es auch hier nur in den wenigsten Fällen, die dann aber schon zu viele sind.

Die Aufnahme von Flüchtlingen wird deshalb stets mit dem gleichzeitigen Ergreifen der bestmöglichen Integrationsbemühungen verbunden sein müssen. Doch die diesbezüglichen Möglichkeiten jedes Staates sind auch von ihrem Umfang her begrenzt. Eine strikte Begrenzung der „Flüchtlingsaufnahme“ auf diejenigen Fälle, die sich auch nach strenger Prüfung der Umstände als dringend „asylbedürftig“ erweisen, wäre vor diesem Hintergrund nicht nur eine Maßnahme, die dem Selbsterhalt der aufnehmenden Länder dient, sondern die auch einzig und allein sicherstellen könnte, daß West- und Mitteleuropa auch noch in etlichen Jahren bereit sein könnten, neue Asylbewerber aufzunehmen. Und wenn man wirklich menschlich denkt, wäre doch gerade dies ein wichtiger Punkt, auf den es ankommt!

Bessere Grenzkontrollen, eine ausnahmslose Registrierung und Überprüfung aller ankommenden Flüchtlinge, die strikte Rückführung nicht berechtigter Antragsteller, eine Begrenzung/Aussetzung des Familiennachzugs und ähnliche Maßnahmen sind vor diesem Hintergrund keine „inhumanen Akte“, sondern Ausdruck einer langfristig ausgerichteten, höchst humanen Denkweise! (tb)

## 2 **US-Bundesstaaten verweigern die Aufnahme syrischer Flüchtlinge**

Schon kurz nach den Anschlägen von Paris entschied sich fast die Hälfte der 50 US-Bundesstaaten, die Aufnahme syrischer Flüchtlinge solange auszusetzen, bis das Heimatschutzministerium seine „vollständige Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen“ abgeschlossen hat. Gleichzeitig warnten aber die meisten Gouverneure der betroffenen Bundesstaaten auch davor, die Menschen aus dem Nahen Osten im Rahmen eines Generalverdachts mit Terroristen gleichzusetzen.

Dieses Vorgehen der Bundesstaaten ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Pläne von US-Präsident Barack Hussein Obama, bis zu 10 000 Syrer dauerhaft in den USA anzusiedeln. Etwa gleichzeitig wurde in den USA ein Video bekannt, in dem Extremisten des Islamischen Staates neue Terrorakte in den USA ankündigten und dabei ganz konkret Washington erwähnten. (tb)

### 3 Trendwende?

Russlands Vorgehen in Syrien in seinem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) sorgt allem Anschein nach im US-Verteidigungsministerium Pentagon für zunehmenden Respekt. Hierauf deuten jedenfalls Äußerungen der kürzlich zurückgetretenen Pentagon-Expertin für die Russland-Politik, Evelyn Farkas, hin. Sie warf der Obama-Administration jedenfalls vor, nicht energisch genug gegen Russland vorzugehen und denen sich durch Russland bedroht fühlenden Staaten nicht genügend Aufmerksamkeit zu widmen. Farkas diente dem Pentagon über fünf Jahre unter drei verschiedenen Verteidigungsministern und spielte eine entscheidende Rolle bei dem 250-Millionen-Dollar-Projekt zur Militärhilfe für die Ukraine. Sie galt stets als einer der entscheidenden „Scharfmacher“, wenn es um gegen Russland gerichtete Beschlüsse ging.

Ihr Rücktritt mitten in einer überaus sensiblen Phase des Syrien-Konflikts deutet nach Auffassung mancher versierter Beobachter auf innerhalb des Verteidigungsministeriums zunehmende politische Differenzen hin, wenn es über die weitere Vorgehensweise in Syrien und nicht zuletzt auch über das zukünftige Verhältnis der USA zu Russland zu entscheiden gilt. Die von Farkas stets vertretene aggressive Haltung wird offenbar von immer weniger Militärexperten geteilt, dies gewiß auch vor dem Hintergrund einer immer schwierigeren Finanzlage. Auch ist in diesem Zusammenhang zu vermuten, daß die in den letzten Wochen von Moskau veranlaßten diplomatischen Offensiven – sowohl bezüglich der Ukraine als auch Syriens – zumindest im Pentagon schon mehr Früchte hervorgebracht haben, als Washingtons „Hardliner“ bisher eingestehen wollen. Die spannende Frage ist nun, ob eine ähnliche Entwicklung auch für das Außenministerium erwartet werden darf. Sollte dies der Fall sein, könnte es in der Russland-Politik der USA schon bald zu einer deutlichen Trendwende kommen. (tb)

### 4 Riads „Ölpreiskampf“

Saudi-Arabien hat sich ganz bewußt gegen eine Drosselung seiner Ölproduktion entschieden und wird damit noch auf nicht absehbare Zeit niedrige Ölpreise und ein deutliches Staatsdefizit in Kauf nehmen. Das ist der Preis, den die saudischen Prinzen ganz bewußt zahlen, um der in ihrer ehemaligen „Schutzmacht“, den USA, keimenden Öl- und Gasindustrie zu schaden. Laut einer kürzlichen Notiz der „Financial Times“ plant Riad dazu nun sogar, sich auf den internationalen Finanzmärkten zu verschulden, um den aus früheren Öleinnahmen gebildeten Reservefonds nicht über Gebühr zu belasten. In den nächsten fünf Jahren könnte Riad auf diese Weise Kredite in einem Umfang aufnehmen, der bis 50 % seiner jährlichen Wirtschaftsleistung erreichen dürfte. (Zur Erinnerung: Nach den ursprünglichen Maastricht-Vereinbarungen – die aber längst zur Makulatur wurden – galt eine „Schuldengrenze“ von 60 %.)

„In ihrem großen Ölkampf gegen das US-Schieferöl“, so die Zeitung weiter, „können die Saudis bislang (erst) mit kleinen Siegen aufwarten“. Zwar habe sich die Zahl der entsprechenden Förderstätten in den USA schon von annähernd 2000 auf nur noch rund 700 reduziert, heißt es weiter. Doch weil bisher vornehmlich die kleineren Produzenten und Förderstätten ausfielen, habe sich die tägliche Ölfördermenge bisher erst von 9,6 Mio. auf 9,1 Mio. Barrel reduziert. (tb)

### 5 Renminbi wird zur „Reservewährung“

Der Stab des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat sich nun für eine Aufnahme des chinesischen Renminbi in seinen Währungskorb ausgesprochen. Laut IWF-Chefin Christine Lagarde erfülle Pekings Währung nunmehr die Bedingungen, um nach dem US-Dollar, dem japanischen Yen, dem britischen Pfund und dem Euro als fünfte Währung Teil des Währungskorbs zu werden. Die endgültige Entscheidung wird am 30. November der Exekutivrat des IWF fällen.

Der IWF-Währungskorb stellt die Wertgrundlage für eine vom Fonds geschaffene Kunstwährung dar, die in Form der sogenannten „Sonderziehungsrechte“ existiert. Mit der Bemessung und Zuweisung dieser Sonderziehungsrechte entscheidet der IWF über seine Kreditvergaben an „notleidende“ Staaten und die zur Finanzierung heranzuziehenden Länder. Die Aufnahme in den Währungskorb ist für die chinesische Währung ein entscheidender Schritt auf ihrem Weg zu einer weltweiten Leit- und Handelswährung und mit einem entsprechenden „Prestigezuwachs“ verbunden. (tb)

### 6 „Migration und Vielfalt“

Auf dem kommenden SPD-Bundesparteitag soll über die Forderung des SPD-Arbeitskreises „Migration und Vielfalt“ nach einer Umbenennung des „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ in „Bundesamt für Migration und Vielfalt“ abgestimmt werden. Darüber hinaus möchten die Genossen diese Behörde dem Zugriff des (zur Zeit von der CDU gestellten) Bundesinnenministers entziehen und der derzeitigen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zuschlagen. Damit einhergehen soll der Umbau zu einer „Teilhabe-Behörde“, was nicht zuletzt zu einer Vervielfachung der Mitarbeiterzahl (von aktuell 2800 auf dann 10 000) führen soll. Damit Nahles Ministerium eine „möglichst große Gestaltungswirkung“ entfalten kann, dürfe es beim Umbau dieser Behörde „keine Tabus“ geben. Dies, so die Genossen weiter, sei man schließlich den „neuen Bürgerinnen und Bürgern“ schuldig . . . (tb)

### 7 „Insofern bin ich natürlich sehr besorgt“

Der frühere Bundesbankvorstand, Politiker (SPD) und Bestsellerautor Thilo Sarrazin muß fünf Jahre nach der Veröffentlichung seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ feststellen, daß „alles, was ich geschrieben habe, . . . schlimmer geworden“ sei. Und für die weitere Entwicklung vermutet auch er: „Die Radikalisierung des Islams geht weiter, das Auseinanderklaffen in der Bildungsleistung, die Veränderung ganzer Stadtteile gehen unverändert weiter. Das alles wird sich noch verstärken durch die Zuwanderung, insofern bin ich natürlich sehr besorgt.“ (tb)

## 8 „Es sind die Deutschen, die sich integrieren müssen“

Hinter vorgehaltener Hand warnen Sicherheitsexperten immer eindringlicher vor den möglichen Folgen der maßgeblich von Bundeskanzlerin Angela Merkel („Wir schaffen das“) vorangetriebenen Einwanderungspolitik. Fast im gesamten Beamtenapparat herrscht Fassungslosigkeit, die allerdings noch kaum bis zu Merkel selbst vordrang, weil der um sie geschartte, innere Kreis bisher voll auf ihrer Linie verharrete. Im Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst und den anderen Sicherheitsbehörden herrscht dagegen längst Alarmstimmung, weil man unter den gegebenen, chaotischen Umständen schon jetzt kaum mehr in der Lage ist, die anstehenden Aufgaben dem gesetzlichen Auftrag gemäß zu erfüllen. In der „Welt“ wurde kürzlich ein Spitzenbeamter mit folgenden Worten zitiert: „Wir produzieren durch die Zuwanderung Extremisten, die bürgerliche Mitte radikalisiert sich, weil sie diese Zuwanderung mehrheitlich nicht will und ihr dies von der politischen Elite aufgezwungen wird.“

Weitaus drastischer formulierte kürzlich der britische Politologe Anthony Glee die britische Sicht auf die gegenwärtige Einwanderungspolitik Deutschlands: In Großbritannien herrscht laut Glee über weite Strecken der Eindruck, daß die Deutschen den Verstand verloren hätten. Merkel sieht dies naturgemäß nicht so. Zwar wäre sie gegenwärtig nicht bereit, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen (so im Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Fokus“), doch sie sei davon überzeugt, daß sich „fast alle“ Zuwanderer rasch an die hierzulande geltenden Gesetze und Regelungen halten würden . . .

In den USA nahm der für seine vollmundigen Äußerungen bekannte republikanische Präsidentschafts-Anwärter Donald Trump wieder einmal kein Blatt vor den Mund: „Ich habe immer gedacht, daß Merkel diese große Führungsperson ist“, sagte er. Doch was sie nun in und gegen Deutschland getan habe, „ist verrückt. Es ist einfach nur verrückt.“ Nun kommt auch heraus, sagen wiederum andere Beobachter, was Merkel tatsächlich meinte, als sie bereits im Dezember 2014 die Deutschen darauf hinwies, daß Integration keine Einbahnstraße sei. In ihre damals verklausulierten und blumigen Worte, das wird nun immer klarer, verpackte die Kanzlerin schon vor einem Jahr nicht weniger als eine weitgehende Preisgabe unserer Traditionen und Werte. Nun bekräftigte dies die SPD-Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz (seit Dezember 2013 zugleich Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), als sie noch deutlicher als seinerzeit Merkel forderte, daß es im Grunde die Deutschen seien, die sich zu integrieren hätten . . . (tb)

## 9 „Willkommenskultur“ stellt eine Einladung dar

Das Wort „Willkommenskultur“ ist eine erst seit einigen Jahren bestehende Wortneuschöpfung, die offenbar Anfang dieses Jahrzehnts in der linksextremen Szene erfunden wurde. Darauf deutet jedenfalls ein Eintrag vom 22.8.2013 in der Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“ hin, in dem sich ein offenes Mitglied der kommunistischen Schlägertruppe „Antifa“ mit diesem Wort beschäftigte.

Manche Islamexperten betonen in diesem Zusammenhang, daß sich die Wortschöpfer offenbar bestens mit der islamischen Ideologie auskannten. Nach den Regeln der Sunna müssen Mohammedaner danach jedenfalls Einladungen von „Ungläubigen“ (zu denen ja z.B. die Christen zählen) annehmen, wenn dabei die Möglichkeit besteht, den Islam weiter zu verbreiten . . . (tb)

## 10 Geschenkvorschlag mit „Erinnerungswert“ – gerade in der heutigen Zeit

In der nächsten Woche beginnt die Vorweihnachtszeit, die neben Freude und Besinnlichkeit auch immer wieder die Frage nach dem „richtigen“ Geschenk für Freunde, Verwandte oder wichtige Geschäftspartner mit sich bringt. In vielen Fällen bietet sich dafür gerade in der heutigen Zeit ein Geschenkabonnement der „Vertraulichen Mitteilungen“ an, über dessen Laufzeit hinweg Sie sich bei den Beschenkten jede Woche neu in dankbare Erinnerung bringen werden. Und zusätzlich sorgen Sie damit auch für eine weiter zunehmende Verbreitung „Ihrer Vertraulichen“, deren Berichterstattung und Prognosen sich wohltuend von der immer schlimmeren linken Gleichmacherei der meisten „Jedermann-Medien“ unterscheiden.

Wenn Sie mit einem Geschenkabonnement der „Vertraulichen“ einem anderen eine Freude machen, möchten wir diese auch an Sie weitergeben: Ganz gleich, ob es sich um ein neu in Auftrag gegebenes Geschenkabonnement oder die Verlängerung eines bestehenden handelt, können wir Ihnen hierfür einen attraktiven Preisvorteil bieten, der sich aus dem **diesen „Vertraulichen“ beigefügten Auftragsformular** ergibt, für das wir an dieser Stelle um Ihre freundliche Beachtung bitten.

Zur Weitergabe an die/den Beschenkten fertigen wir darüber hinaus eine dekorative Karte an, auf der Ihr Name vermerkt ist. Ganz Ihrer Weisung folgend, werden wir diese Karte entweder der ersten Geschenkausendung beifügen oder sie Ihnen zur persönlichen Übergabe zusenden.

Die zahlreichen Damen und Herren, die bereits zu früheren Weihnachtsfesten Geschenkabonnements in Auftrag gegeben haben, dürfen wir bei dieser Gelegenheit höflichst um die Verlängerung der Aufträge bitten (am einfachsten ebenfalls mit Hilfe des beiliegenden Auftragsformulars), damit eine lückenlose Weiterbelieferung der Beschenkten gewährleistet ist. Wir bitten herzlich auch hier um Ihre möglichst umgehende Nachricht und danken hierfür schon an dieser Stelle herzlich!

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn Sie auch bei Ihren Weihnachtseinkäufen die den „Vertraulichen“ regelmäßig beiliegenden Angebotslisten etc. berücksichtigen. Eine schnelle und ab einem Bestellwert von nur 20 Euro im Inland für Sie kostenfreie Lieferung, eine – auf Ihren Wunsch – kostenlose Geschenkverpackung sowie unser persönlicher und unkomplizierter Bestellservice sind unsere Leistungen für Sie. Die Damen unserer Versandabteilung in Hoya bei Bremen freuen sich schon jetzt auf Ihren Auftrag (Verlag Arbeit und Wirtschaft, Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser, Tel. 042 51/5 61, Fax 042 51/30 70, E-Mail buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de), der sich im übrigen auch gerne auf Bücher beziehen kann, die in unseren Buchlisten etc. bisher keine Erwähnung fanden. (tb)

## 11 **Der Bock wurde wieder einmal zum Gärtner gemacht . . .**

Mit einem von besorgten Imkern als „wegweisend“ bezeichneten Urteil stellte kürzlich ein US-Gericht fest, daß dem bienengefährdenden Pestizid Sulfoxaflor niemals die Zulassung hätte erteilt werden dürfen. Es handelt sich bei dem Stoff um ein von dem Chemieriesen Dow Chemical produziertes Nervengift.

Genau dieser Wirkstoff wurde nun aber in diesem Sommer zur Verwendung in der Europäischen Union zugelassen. Grundlage des Zulassungsbeschlusses war nicht etwa das Gutachten eines unabhängigen Forschungsinstituts, sondern der angebliche Nachweis der Unbedenklichkeit durch den Hersteller Dow Chemical selbst . . . (tb)

## 12 **BMF-Schreiben zu „Betriebsveranstaltungen“**

Schon seit Anfang dieses Jahres gelten teilweise neue Regelungen zur steuerlichen Behandlung sogenannter „Betriebsveranstaltungen“. Doch erst jetzt – gewissermaßen „rechtzeitig“ zu den anstehenden Weihnachtsfeiern – hat das Bundesfinanzministerium in einem achtseitigen Schreiben zu Zweifelsfällen etc. Stellung genommen. Das Schreiben, das im übrigen auch einen recht guten Überblick über die Gesamthematik vermittelt, senden wir Ihnen gerne als Fotokopie zu. Bitte, senden Sie dazu zwei 1,45 €-Briefmarken (für das Rückporto und als Kopierkostenzuschuß) an die Redaktion der Vertraulichen in D-78266 Bisingen. (tb)

## 13 **Eine „Anlagealternative“**

Deutsche Wohnimmobilien gelten unter Anlageexperten als eine der zur Zeit sichersten Geldanlagemöglichkeiten. Dies nicht zuletzt, weil (von einigen „Hochpreisinseln“ abgesehen) in diesem Bereich ein im internationalen Vergleich noch immer hervorragendes Preis-Leistungsverhältnis anzutreffen ist. Gleichwohl ist für den Laien eine Investition auch in diesem Bereich mit nicht zu unterschätzenden Risiken behaftet. Erfüllt z.B. die Bauqualität des ins Auge gefaßten Objektes die heutigen Anforderungen, „stimmt“ die Bonität der Mieter und wie steht es um das Entwicklungspotential der Immobilie (auch hinsichtlich der Lage)?

Um diese und ähnliche Fragen mußte sich noch kein Investor sorgen, der in die seit 2002 aufgelegten Fonds eines mittelständisch geprägten Anbieters investierte. Inzwischen sind die ersten Fonds dieser Reihe wieder aufgelöst und sie bescherten den Anlegern ausnahmslos eine positive Rendite zwischen 5 % und mehr als 15 % jährlich (man muß dabei bedenken, daß die Laufzeit einiger dieser Fonds auch die schwierige Finanzmarktlage der Jahre 2008 und 2009 umfaßte). Es sind Renditen, die so gut wie ausschließlich mit einer Investition in qualitativ gute und bezahlbare Wohnungen für normale Mieter in geprüften Lagen erzielt wurden. Zur hohen Sicherheit dieser speziellen Anlageform (auch die aktuell laufenden Fonds liegen „über Plan“) trug nicht nur das „Mieterpotential“ bei, sondern auch die in manchen deutschen Großstädten herrschende Wohnungsknappheit die in den kommenden Jahren anhalten dürfte.

Und weil im Einkauf der spätere Gewinn begründet liegt, ließen und lassen die Fonds-Initiatoren stets ihre guten Beziehungen spielen. Diese Beziehungen und ein seit Jahrzehnten untadeliger Ruf (auch hinsichtlich des Umgangs mit den Mietern, zur Zeit werden etwa 18 000 Wohneinheiten verwaltet!) sorgten immer wieder dafür, daß die Fonds dieser Reihe qualitativ gute Immobilien zu Konditionen erwerben konnten und können, die für „normale“ Käufer kaum erzielbar sind. Wer ein Immobilien-Paket zu verkaufen hat, kann sich bei diesem Käufer auf eine problemlose und vertragstreue Abwicklung ebenso verlassen wie auf einen seriösen Umgang mit den Mietern. Dafür – man höre und staune – nehmen manche Verkäufer gerne einen gewissen Preisabschlag hin, der dann den Fonds-Investoren uneingeschränkt zugute kommt. Das dies so ist, liegt an der anlegerfreundlichen Gesamtkonzeption der Fonds, bei der beispielsweise die Fondsiniciatoren erst dann ihre vorab festgelegte, erfolgsabhängige Vergütung erhalten, wenn die vorab „zugesagten“ Gewinnansprüche der Fondsanleger vollständig erwirtschaftet wurden.

Auch die Planzahlen des aktuell aufgelegten und noch bis Ende des Jahres zu zeichnenden Fonds wissen zu überzeugen. Bei einer Renditeprognose von über 6,5 % jährlich (es wurden bereits mehr als 1000 Wohneinheiten zu einem Durchschnittspreis von 1250 €/m<sup>2</sup> also weit unter Erstellungskosten, erworben) sollen die Anleger schon ab dem kommenden Jahr jährliche Vorab-Ausschüttungen von 4 % erhalten. Hinzu kommt die Tatsache, daß das bei der Zeichnung vereinnahmte Agio gewinnberechtigt ist und am Ende der Fondslaufzeit verzinst zurückerstattet werden soll. Die Mindestanlagesumme beträgt 10 000 € zuzüglich 5 % Agio.

Für interessierte Leserinnen und Leser stellen wir gerne einen völlig unverbindlichen Kontakt zu einem uns seit etlichen Jahren gut bekannten Anlagevermittler her, der Sie ausführlich über die Chancen und Risiken dieser Geldanlageform informieren wird. Bitte, wenden Sie sich dazu kurz und formlos (per Brief, Fax, Telefon oder E-Mail – info@vertrauliche-mitteilungen.de –) an die die Redaktion in D-78266 Bisingen. (tb)

## 14 **Für Sie aufgegeben:**

„Anfrage des Finanzamtes an eine Bäuerin: ‚Zur Bearbeitung Ihrer Steuererklärung benötigen wir noch die Anzahl der gehaltenen Großtiere.‘ Antwort der Bäuerin: ‚Seit mein Mann verstorben ist, halte ich kein Rindvieh mehr auf dem Hof.‘“